Von Prof. Dr. Jens Bülte, Mannheim*

Tierärzte berichten immer wieder darüber, dass Tierhalter von ihnen verlangen, Heimtiere¹ zu euthanasieren,² obwohl dafür keine medizinische oder gefahrenabwehrrechtliche Notwendigkeit besteht. Der Grund für diese Bitte kann finanzieller Natur sein, aber auch der Wunsch, sich des Tieres zu entledigen, weil es „lästig“ geworden ist und der Halter nicht mehr bereit ist oder sich in der Lage fühlt, sich die Zeit für eine angemessene Betreuung des Tieres zu nehmen.

Nicht zuletzt mit Blick auf die erhöhte Zahl der in der Corona-Pandemie angeschafften Heimtiere und die Erhöhung der Tarife für tierärztliche Leistungen zum 22.11.2022³ hat sich dieses Problem verschärft. Tierärzte sehen sich zunehmend mit Haltern konfrontiert, die sich überfordert fühlen oder sich medizinisch indizierte und notwendige Operationen finanziell nicht mehr leisten können oder wollen. Damit stehen Veterinäre bisweilen vor der Entscheidung, ein Tier dem Wunsch des Halters gemäß schmerzlos zu töten, eine medizinische Behandlung ohne oder gegen den Willen des Halters durchzuführen oder schließlich diesen eventuell mit seinem womöglich kranken und leidenden Tier ohne Behandlung abzuweisen oder gehen zu lassen.

Diese Situation führt nicht nur zu einem Gewissenskonflikt, sondern auch zu allgemeiner Rechtsunsicherheit und birgt ggf. strafrechtliche Risiken. Denn die Frage, ob ein Halter, der die Tötung seines kranken Tieres verlangt, ohne Behandlung des Tieres abgewiesen oder entlassen werden und ggf. die Veterinärbehörde informiert werden darf oder muss, ist – soweit ersichtlich – bislang nicht hinreichend erörtert oder gar gerichtlich geklärt worden. Mit der Frage nach der Strafbarkeit des Halters wegen der unterlassenen Beauftragung der Behandlung hat sich Poplat in einem instruktiven Beitrag⁴ befasst. Die folgenden Überlegungen knüpfen daran an und setzen sie insbesondere mit Blick auf die Strafbarkeit des Tierarztes fort, der sich mit dem Verlangen des Halters nach der Tötung des Heimtieres konfrontiert sieht.⁵

* Der Autor ist Inhaber des Lehrstuhls für Strafrecht, Strafprozessrecht, Wirtschafts- und Steuerstrafrecht an der Universität Mannheim.

¹ Heimtiere i.S.v. Art. 3 Nr. 8 VO (EU) 1069/2009: „Heimtier“: ein Tier einer Art, die normalerweise von Menschen zu anderen als zu landwirtschaftlichen Nutzzwecken gefüttert und gehalten, jedoch nicht verzehrt wird“.

² Darunter ist eine schmerzlose Tötung des Tieres zu verstehen.

³ Vgl. https://www.tieraerzterverband.de/media/docs/GOT_2022.pdf (12.1.2025).

⁴ Poplat, NuR 2024, 453 ff.

⁵ Poplat, NuR 2024, 453 (455), weist nachvollziehbar „nur randständig“ auf die Strafbarkeit des Tierarztes hin, um den Rahmen seines Beitrags nicht zu sprengen.

I. Auftrag zur Euthanasierung eines Tieres

Grundsätzlich ist die Tötung jedes Tieres unzulässig. Bei Wirbeltieren ist die Tötung ohne vernünftigen Grund nach § 17 Nr. 1 TierSchG eine Straftat, bei anderen Tieren als Zufügung von Schmerzen, Leiden oder Schäden ohne vernünftigen Grund i.S.v. § 18 Abs. 2 TierSchG eine Ordnungswidrigkeit. Die Euthanasierung eines Heimtieres kann – wie die Tötung jedes anderen Tieres – allerdings ausnahmsweise gerechtfertigt sein.

1. Der vernünftige Grund für die Tötung eines Tieres

Voraussetzung dafür, dass der Veterinär dem Verlangen des Tierhalters nach der Tötung eines Tieres – insofern kommt es nicht darauf an, ob es sich um ein Heimtier oder ein sog. Nutztier⁶ handelt – nach der Tötung eines Tieres nachkommen darf, ist das Vorliegen eines vernünftigen Grundes für die Tötung im Sinne des Tierschutzgesetzes.⁷ Insofern gelten für sog. Nutztiere die gleichen Kriterien wie für Heimtiere. Die Anforderungen an die Tötung einer „Fundkatze“ sind grundsätzlich dieselben, wie sie auch an das Einschläfern eines „teuren“ Rassehundes oder eines Rennpferdes zu stellen sind.⁸ Zudem ergibt sich aus dem Gesetz unmittelbar, dass es in jedem einzelnen Fall der Tötung eines Tieres eines individuell zu ermittelnden und abzuwägenden Rechtfertigungsgrundes bedarf. Bei der Euthanasierung eines Heimtieres durch einen Tierarzt kommen insofern nur veterinärmedizinische Gründe oder – höchst ausnahmsweise – solche der Gefahrenabwehr in Betracht.

Unter welchen Voraussetzungen ein solcher vernünftiger Grund vorliegt, kann nicht pauschal angegeben werden. Durch die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts⁹ ist allerdings geklärt, dass wirtschaftliche Gründe allein die Tötung eines Tieres nicht rechtfertigen können. Daher ist – unabhängig von der Frage nach der exakten strafrechtsdogmatischen Funktion des Merkmals „vernünftiger Grund“¹⁰ – die Tötung eines behandlungsbedürftigen Tieres allein deswegen, weil der Halter die Kosten nicht zu tragen bereit ist, nicht gerechtfertigt. Insofern ist anzumerken, dass die verwaltungsgericht-

⁶ Nutztiere i.S.v. Art. 3 Nr. 6 VO (EU) 1069/2009: „Nutztier“: a) ein Tier, das vom Menschen gehalten, gemästet oder gezüchtet und zur Gewinnung von Lebensmitteln, Wolle, Pelz, Federn, Fellen und Häuten oder sonstigen von Tieren gewonnenen Erzeugnissen oder zu sonstigen landwirtschaftlichen Zwecken genutzt wird; b) Equiden“.

⁷ Grundlegend hierzu *Maisack*, Zum Begriff des vernünftigen Grundes im Tierschutzrecht, 2005.

⁸ A.A. VG Dresden, Urt. v. 28.4.2011 – 6 K 1248/09, Rn. 22 f. (juris), aber ohne Begründung.

⁹ BVerwG, Urt. v. 13.6.2019 – 3 C 28.16 = BVerwGE 166, 32 ff. = NJW 2019, 3096 (3097) m.Anm. *Ogorek*; eingehend *Bülte*, JZ 2020, 504 ff.

¹⁰ Vgl. zum Streitstand *Schrott*, in: v. Heintschel-Heinegg/Kudlich (Hrsg.), Beck'scher Online-Kommentar, Strafrechtsgesetzbuch, Stand: 1.5.2025, TierSchG § 17 Rn. 58 ff.

liche Rechtsprechung – anders als bei sog. Nutztieren – in Entscheidungen über Kostenersatz oder über die Anordnung veterinärmedizinischer Behandlungen von Heimtieren die Kostenfrage regelmäßig nicht einmal anspricht. Vielmehr wird selbstverständlich davon ausgegangen, dass Kosten einer veterinärmedizinisch gebotenen Behandlung aufzubringen sind und insbesondere keine Abwägung im Verhältnis zum wirtschaftlichen „Wert“ des Tieres stattfindet.¹¹

Die Beurteilung, ob ein vernünftiger Grund für die Tötung eines Tieres vorliegt, hat darüber hinaus im Einzelfall zu erfolgen, wobei weder eine Vermutung für das Vorliegen eines vernünftigen Grundes besteht¹² noch davon auszugehen ist, dass die Interessen des Tierhalters regelmäßig dem Interesse des Tierschutzes vorgehen würden. Nach zutreffender Auffassung kommt es für die Beurteilung der Vernünftigkeit auf objektive Kriterien, auf eine Interessenabwägung an. Welche Motive der Täter hat oder welche Ziele er verfolgt, ist für die Frage der Rechtfertigung nicht relevant, soweit objektiv kein vernünftiger Grund vorliegt.¹³

2. Mögliche Fallkonstellationen des Verlangens nach Euthanasierung eines Tieres

Bevor die Frage nach den Kriterien des vernünftigen Grundes im konkreten Zusammenhang mit der Tötung von Heimtieren durch den Veterinär erörtert werden soll, sind die praktischen Fallgestaltungen zu benennen, in denen sich die Frage nach der Zulässigkeit der Euthanasierung eines Heimtieres stellen kann.

Dabei sind strafrechtlich zwei Ebenen zu unterscheiden: zum einen die Strafbarkeit des Tierarztes, der die Tötung unmittelbar vornimmt (§ 17 TierSchG) oder die Behandlung

unterlässt (§ 323c Abs. 1 StGB)¹⁴, zum andern die davon ggf. abhängige Strafbarkeit des Tierhalters, der die Tötung verlangt.

Insofern können sich Wechselwirkungen und Probleme dadurch ergeben, dass der Tierhalter den Tierarzt durch seine Forderung nach einer Euthanasierung des Tieres und die Weigerung, es veterinärmedizinisch indiziert behandeln zu lassen, in eine Zwangslage bringt: Der Tierarzt ist einerseits nach § 1 BTÄO dem Wohl und der Gesundheit des Tieres verpflichtet, ist also aus berufsrechtlichen Gründen zum Schutz des Tieres und damit auch grundsätzlich zur Behandlung eines erkrankten Tieres berufen. Andererseits kann von ihm grundsätzlich keine Aufopferung durch Behandlung ohne Vergütungs- und Aufwendungsersatz verlangt werden, weil das seine nachhaltige Berufsausübung letztlich unmöglich machen könnte.

Strafrechtsdogmatisch ergeben sich hier besondere Beteiligungsprobleme, weil dem Tierarzt spezifische Pflichten aus einer beruflichen Stellung obliegen, die sein Handeln als Beteiligter an einer Tierquälerei – gegebenenfalls auch durch Unterlassen – bestimmen und von der rechtswidrigen Erfüllung eines Straftatbestandes durch ihn auch die Strafbarkeit des Halters abhängen kann, von dem die eigentliche Zwangslage ausgeht. Damit kann sich insbesondere die Frage nach der Strafbarkeit des Halters wegen Tierquälerei in mittelbarer Täterschaft stellen.

Zudem ist zu erörtern, ob der Tierarzt berechtigt oder gegebenenfalls verpflichtet ist, der zuständigen Veterinärbehörde mitzuteilen, wenn der Verdacht besteht, dass ein Tierhalter seine Pflichten in der Vergangenheit verletzt hat oder durch dessen zu erwartendes Verhalten (Unterlassen der Behandlung o.ä.) zukünftig eine Gefahr für das Wohl des von ihm gehaltenen Tieres droht.

II. Denkbare Fallgestaltungen der Euthanasierung von Heimtieren durch Veterinäre

Die Praxis zeigt hier im Wesentlichen drei Fallgestaltungen: eindeutig strafbare, eindeutig straflose Fälle und strafrechtliche Zweifelsfälle. Dabei ist – soweit hier von „eindeutig“ die Rede ist – die juristische Beurteilung gemeint, die sich an die veterinärmedizinische Bewertung der Behandlungsmöglichkeiten anschließt. Die Entscheidung, ob es veterinärmedizinisch geboten ist, ein Tier zur Vermeidung weiterer unzumutbarer Leiden oder Schmerzen zu töten, dürfte selten einfach oder eindeutig sein. Insoweit kann es jedoch allein um die veterinärmedizinische Vertretbarkeit gehen, deren Beurteilung sich der juristischen Bewertung entzieht; jene ist methodisch nicht identisch mit der Bewertung des vernünftigen Grundes im Sinne des Tierschutzgesetzes, sondern geht ihr voraus.

In diesem Zusammenhang gibt es naturgemäß Zweifelsfälle, welche Behandlung noch sinnvoll und angemessen ist, dabei mögen auch wirtschaftliche Fragen ausnahmsweise mittelbar eine Rolle spielen, etwa bei dem veterinärmedizini-

¹¹ Insofern zumindest missverständlich, wenn es bei *Hirt/Maisack/Moritz/Felde*, TierSchG, Kommentar, 4. Aufl. 2023, § 17 Rn. 75 heißt, die Abwägung dürfe sich „nicht ausschließlich am Wert“ des Tieres orientieren; präzise und zutreffend dagegen *Poplat*, NuR 2024, 453 (458): „Teuer“ ist prinzipiell „kein tauglicher Grund im Rahmen des erforderlichen Abwägungsvorgangs mit den Interessen des Tierschutzes“; vgl. zur Unbeachtlichkeit des wirtschaftlichen Wertes eines Tieres bei der Gefahrenabwehr auch *Tellenbröcker*, GSZ 2022, 53 (57).

¹² So aber wohl StA Oldenburg, Einstellungsverfügung v. 1.6.2016 – NZS 1102 Js 69723/13, wenn beim Töten von Ferkeln durch Schlagen auf den Stallboden ohne Anhaltspunkte für eine Interessenabwägung ein vernünftiger Grund unterstellt wird.

¹³ Zutreffend und mit überzeugender Begründung *Gerhold*, NuR 2022, 369 (375); ihm folgend *Poplat*, NuR 2024, 453 (455); *Schrott* (Fn. 10), Rn. 65 f.; dagegen spricht im Ergebnis auch nicht die Entscheidung des OLG Naumburg, Beschl. v. 28.6.2011 – 2 Ss 82/11, Rn. 9, 12 (juris), weil das Gericht dort zwar eine Prüfung „anhand der Beweggründe“ durchführt, letztlich aber eine Verhältnismäßigkeitsprüfung mit objektiver Interessenabwägung postuliert; a.A. *Metzger*, in: *Lorz/Metzger*, Tierschutzgesetz, Kommentar, 7. Aufl. 2019, § 1 Rn. 34.

¹⁴ Zu den Einzelheiten der Strafbarkeit nach § 323c Abs. 1 StGB bei unterlassenem Beistand gegenüber Tieren *Gerhold/Noetzel*, JuS 2022, 993 (997 ff.).

schen¹⁵ Nutzen einer sehr teuren Behandlung für ein Tier mit ohnehin geringer Lebenserwartung oder geringen Erfolgsaussichten. Aber diese Fragen sind nicht Gegenstand der juristischen Betrachtung, sondern der veterinärmedizinischen Bewertung der angemessenen und gebotenen Therapie. Zur Leistung dieser Behandlung ist der Halter verpflichtet und er begeht eine rechtswidrige Tat nach § 17 TierSchG, wenn er die für ihn tragbaren Kosten scheut und das Tier deswegen euthanasieren lässt. Ist das Unterlassen einer bestimmten Therapie und die Euthanasierung des Tieres aus veterinärmedizinischen Gründen vertretbar, so scheidet eine Strafbarkeit aus.¹⁶

1. Fälle eindeutiger Zulässigkeit der Euthanasierung

Strafrechtlich unbedenklich ist zunächst der Fall, in dem der Tierarzt nach eingehender Untersuchung und Abwägung das Tier aus veterinärmedizinischen Gründen euthanasiert, um ihm dauerhafte schwerwiegende Leiden und Schmerzen zu ersparen, die auch mit einer veterinärmedizinischen Behandlung nicht mehr hätten abgewendet werden können. Soweit also die Euthanasierung das letzte Mittel zur Verhinderung schwerer Leiden und Schmerzen darstellt, ist ein vernünftiger Grund gegeben. In diesen Fällen kann sogar eine Pflicht zur Euthanasierung des Tieres bestehen, soweit der veterinärmedizinische Befund eindeutig und eine Therapie aussichtslos ist.¹⁷

Ergänzend hat *Poplat*¹⁸ zutreffend darauf hingewiesen, dass auch im Falle einer rechtmäßigen Euthanasierung des Tieres durch den Veterinär dennoch eine Strafbarkeit des Halters wegen Tierquälerei in Betracht kommt. Dies gilt dann, wenn der Halter vorsätzlich eine notwendige Behandlung des Tieres unterlassen und sich dadurch der Gesundheitszustand so sehr verschlechtert hat, dass in der Folge nur noch eine Euthanasierung in Betracht kommt, um dem Tier unzumutbare erhebliche Leiden und Schmerzen zu ersparen. In diesem Fall handelt der Tierarzt gerechtfertigt, während der Halter, der diese Maßnahme durch sein Unterlassen notwendig werden ließ, als mittelbarer Täter der Tierquälerei nach § 17 Nr. 1 TierSchG strafbar sein kann, wenn er den Tod des Tieres als Folge seines Unterlassens als möglich vorausgesehen und billigend in Kauf genommen hat.

¹⁵ Der wirtschaftliche Nutzen durch das Tier ist hier mit Blick auf Art. 20a GG und nach der Grundsatzentscheidung des BVerwG, Ur. v. 13.6.2019 – 3 C 28.16 = BVerwGE 166, 32 ff., irrelevant.

¹⁶ Der Tierhalter ist nicht verpflichtet, eine optimale Pflege, Fütterung oder Therapie zu leisten, letztere in dem Sinne zu leisten, dass er alle denkbaren Möglichkeiten zur Heilung nutzt, auch wenn sie keinen erkennbaren Erfolg versprechen, vgl. *Kunzmann*, NuR 2019, 448 (452); *Poplat*, NuR 2024, 453 (461).

¹⁷ Vgl. auch *Poplat*, NuR 2024, 453 (456); bereits BGH, Ur. v. 19.1.1982 – VI ZR 281/79 = NJW 1982, 1327 (1328).

¹⁸ *Poplat*, NuR 2024, 453 (454).

2. Fälle eindeutiger Unzulässigkeit der Euthanasierung

Hier sollen zunächst zwei Fälle juristisch eindeutiger strafrechtlicher Relevanz der Euthanasierung in den Blick genommen werden.

a) „Lästige Tiere“ und „zu teure“ Behandlung

Eindeutig als rechtswidrige Taten zu beurteilen sind Fallgestaltungen, in denen der Halter die Euthanasierung des Tieres verlangt, weil er die für ihn wirtschaftlich zumutbaren Kosten oder den Zeitaufwand der weiteren Pflege oder der veterinärmedizinisch gebotenen und angemessenen Behandlung des Tieres scheut, es ihm also „lästig“ oder „zu teuer“ geworden ist. Nimmt der Tierarzt die Tötung auf diesen Wunsch hin und in dem Wissen vor, dass das Tier nicht untherapierbar krank und eine angemessene und gebotene medizinische Behandlung indiziert ist, so erfüllt er rechtswidrig den Tatbestand des § 17 Nr. 1 TierSchG und ist grundsätzlich wegen Tierquälerei zu bestrafen. Der Halter macht sich wegen mittäterschaftlich begangener Tierquälerei¹⁹ oder Anstiftung zur Tierquälerei strafbar. Die (subjektive) Einschätzung des Halters, die medizinisch gebotene Behandlung sei zu teuer oder zeitaufwendig, ist tierschutzstrafrechtlich irrelevant.

b) „Gefährliche“ Tiere

In diese Fallgruppe der „lästigen“ Tiere gehören auch Konstellationen, in denen sich der Halter eines Tieres durch dessen Euthanasierung entledigen möchte, weil ihn die Haltung eines Tieres grundsätzlich oder dieses konkreten Individuums überfordert. Das kann durch fehlende Erfahrung oder Einsatzbereitschaft des Halters begründet sein oder an erheblichen Verhaltensauffälligkeiten des Tieres liegen; nicht selten begründet auch Ersteres das Letztere.

Jedoch ist auch bei erheblichen Verhaltensauffälligkeiten eines Tieres dessen Euthanasierung nur im seltenen Ausnahmefall zulässig. Können von dem Tier ausgehende Gefahren durch eine Therapie so weit gemildert werden, dass eine Haltung des Tieres noch einerseits unter hinnehmbaren Gefahren und andererseits artgerecht möglich erscheint, so liegt kein vernünftiger Grund für die Tötung des Tieres vor; sie ist unzulässig²⁰ und damit grundsätzlich strafbar. Nach der Rechtsprechung ist die Euthanasierung also ultima ratio, um schwerwiegende Gefahren für die Umgebung des Tieres oder für das Tier selbst abzuwenden.²¹

Die Tötung eines Tieres – im konkreten Fall eines Hundes – wegen seiner Gefährlichkeit setzt nach der Rechtsprechung des VG München²² zunächst voraus, dass sich das Tier zum einen als hochgradig gefährlich erwiesen hat und sich die

¹⁹ So *Poplat*, NuR 2024, 453 (455).

²⁰ Zu den Einzelheiten der Prüfung des vernünftigen Grundes *Hirt/Maisack/Moritz/Felde* (Fn. 11), § 1 Rn. 33 ff.; ferner *Poplat*, NuR 2024, 453 (455).

²¹ Vgl. auch VG Arnberg, Beschl. v. 1.8.2018 – 8 L 1058/18, Rn. 13 f.; VG München, Ur. v. 12.5.2022 – M 22 K 21.6204, Rn. 74.

²² VG München, Ur. v. 12.5.2022 – M 22 K 21.6204, Rn. 75.

schwerwiegende Gefahr zum anderen auf nicht therapierbare Ursachen zurückführen lässt. Sind diese Voraussetzungen gegeben, so komme eine Tötung des Tieres dennoch nur in Betracht, wenn die von dem Tier ausgehenden Gefahren sowohl nach dem Ausmaß der drohenden Schäden als auch nach der Wahrscheinlichkeit des Eintritts weiterhin als groß zu bewerten sind und zudem keine Möglichkeit besteht, die Gefahren durch Vorkehrungen bei der Haltung des Tieres auf ein hinnehmbares Maß zu verringern. Voraussetzung ist allerdings, dass es sich bei den Maßnahmen zur Gefahrverringering um solche handelt, die ihrerseits tierschutzkonform sind und nicht zu dauerhaften erheblichen Leiden, Schmerzen oder Schäden bei dem Tier führen.

Mit Blick auf diese hohen Anforderungen dürfte die Euthanasierung eines Tieres wegen seiner Gefährlichkeit nur in sehr seltenen Ausnahmefällen zulässig sein, ansonsten erfüllt die Tötung auch eines gefährlichen Tieres – abgesehen von der Abwendung akuter Gefahren für Leib, Leben oder andere Rechtsgüter (§ 34 StGB) – den Tatbestand des § 17 Nr. 1 TierSchG. Daher sollte ein Veterinär eine Tötung aus nicht veterinärmedizinischen Indikationen allenfalls auf der Grundlage einer entsprechenden bestandskräftigen Tötungsanordnung der Veterinärbehörden vornehmen, um sich selbst vor dem Strafbarkeitsrisiko zu schützen.

Soweit die Voraussetzungen der Tötung zur Gefahrenabwehr nicht erfüllt sind, begeht der Tierarzt, der trotz Wissens um die Therapierbarkeit oder andere praktisch mögliche effektive Gefahrminderungsmaßnahmen ein Tier tötet, eine Tierquälerei nach § 17 Nr. 1 TierSchG. Der Halter, der die Euthanasierung verlangt, kann sich als Beteiligter (Mittäter oder Anstifter) an dieser Tat strafbar machen.

c) Folgen für den Tierarzt jenseits des Tierschutzstrafrechts

In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass eine strafbare Tötung eines Tieres für den Tierarzt nicht nur mit Blick auf das Tierschutzrecht selbst erhebliche strafrechtliche Folgen haben kann. Vielmehr kann das für die Tötung des Tieres angenommene Honorar – sei es Bargeld oder Überweisung – Tatobjekt der Geldwäsche nach § 261 Abs. 1 Nr. 3 und 4 StGB sein. Das gilt für den Tierarzt selbst, kann aber auch seine Mitarbeiter betreffen, wenn sie in Kenntnis oder leichtfertiger Unkenntnis der Vornahme einer solchen rechtswidrigen Tat i.S.v. § 11 Abs. 1 Nr. 5 StGB (§ 17 Nr. 1 TierSchG) die Geschäfte einer Tierarztpraxis führen und dazu Vermögenswerte aus strafbaren Handlungen verwenden (Zahlungen abwickeln, Material kaufen etc.).

Zudem sind erhebliche abschöpfungsrechtliche Folgen zu bedenken. Zumindest das Honorar ist nach §§ 73 ff. StGB als für die Tat erlangtes Etwas (zwingend) einzuziehen. Ferner ist an eine drohende Einziehung von bei der Tat verwendeten Tatwerkzeugen wie Praxisinstrumentarium nach §§ 74 ff. StGB zu denken. All diese Folgen sind im Übrigen davon unabhängig, ob wegen der Tierquälerei tatsächlich eine Strafe verhängt wird, und sind auch bei Einstellung des Verfahrens nach §§ 153 ff. StPO möglich.

d) Zulässigkeit und Gebotenheit einer Mitteilung an die Veterinärbehörde

Der Tierarzt darf dem Verlangen nach der Euthanasierung eines Tieres ohne veterinärmedizinischen oder gefahrenabwehrrechtlichen Grund nicht nur nicht nachkommen, vielmehr ergibt sich darüber hinaus die Frage, ob er berechtigt oder sogar verpflichtet ist, die Veterinärbehörde von dem Verlangen des Halters nach Tötung eines Tieres ohne vernünftigen Grund in Kenntnis zu setzen.

Strafbar ist dieses Tötungsverlangen des Halters als solches nicht, weil die versuchte Anstiftung zum Vergehen der Tierquälerei nicht strafbar ist (§ 30 StGB), aber sie offenbart ein problematisches Verhältnis des Halters zum Tierschutz sowie zur Rechtsordnung und legt eine Gefahr für die Gesundheit und das Wohlbefinden des Tieres nahe.

Es könnte also eine Mitteilung an die Veterinärbehörde aus Gründen des Tierschutzes zulässig oder sogar geboten sein, um die drohende Tötung des Tieres oder anderen Schaden zu vermeiden und damit die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu schützen. Denn die Veterinärbehörde ist zu Maßnahmen nach § 16a TierSchG verpflichtet, wenn dem Tier Gefahr durch seinen Halter droht. Eine gesetzliche Regelung, die zur Mitteilung verpflichtet, existiert allerdings nicht; vielmehr könnte einer solchen Meldung bei der zuständigen Veterinärbehörde sogar die Strafvorschrift des § 203 Abs. 1 Nr. 1 StGB entgegenstehen.

(1) Strafbarkeit einer Meldung nach § 203 StGB

Nach dieser Vorschrift macht sich der Geheimnisträger strafbar, der unbefugt ein fremdes Geheimnis, namentlich ein zum persönlichen Lebensbereich gehörendes Geheimnis oder Betriebs- oder Geschäftsgeheimnis offenbart, das ihm als Tierarzt anvertraut oder sonst bekannt geworden ist. Der Tierarzt ist also grundsätzlich gegenüber dem Halter seines Patienten zur Verschwiegenheit über dessen persönliche Verhältnisse verpflichtet.

(2) Grenzen der Schweigepflicht des Tierarztes

Mit Blick auf die Schweigepflicht der medizinischen und rechtsberatenden Berufe ist überwiegend grundsätzlich anerkannt, dass auch Informationen über rechtswidriges Verhalten vom Geheimnisschutz umfasst sind.²³ Damit fallen auch der Umstand, dass ein Halter das Verlangen nach der Tötung eines Tieres geäußert hat, sowie die Gesamtumstände dieser Forderung nicht ohne Weiteres deswegen aus dem Geheimnisschutz des § 203 Abs. 1 Nr. 1 StGB heraus, weil es sich um eine Aufforderung zu einem strafrechtlich relevanten Verhalten handelt. Die Schweigepflicht kann grundsätzlich also auch bezüglich dieses Ansinnens bestehen, denn der Geheimnisschutz beginnt bei Ärzten und Tierärzten bereits mit der Anbahnung der Patientenbeziehung, spätestens jedoch in dem Moment, indem der Tierarzt das Tier untersucht.

Die Erstattung einer Strafanzeige stellt nach der Judikatur von BVerfG und EGMR zwar die Ausübung eines staats-

²³ Dannecker, in: Graf/Jäger/Wittig (Hrsg.), Wirtschafts- und Steuerstrafrecht, 3. Aufl. 2024, StGB § 203 Rn. 51 m.w.N.

bürgerlichen Rechts dar,²⁴ jedoch ist die Offenbarung eines grundsätzlich nach § 203 StGB geschützten Geheimnisses eine tatbestandliche Handlung, auch wenn es einen strafrechtlich relevanten Sachverhalt betrifft. Allerdings ist auch anerkannt, dass das berechnete Interesse an der Geheimhaltung eines rechtswidrigen oder gar strafbaren Verhaltens geringer ist als an der Geheimhaltung eines rechtsneutralen Verhaltens.²⁵ Die Gewichtung ist bei der Abwägung der von durch die Geheimhaltung geschützten Interessen zu berücksichtigen. Insofern stellt sich hier die Frage nach dem Grund und damit den Grenzen des Geheimnisschutzes, um die betroffenen Interessen richtig abwägen zu können.

Bei der Geheimhaltungspflicht des Tierarztes kann es ersichtlich nicht um den Schutz der Privatsphäre und der Gesundheitsdaten des Tieres selbst gehen, sondern nur um die des Halters. Bei der grundsätzlichen Beurteilung dieses Schutzes ist anzumerken, dass die Stellung des Tierarztes als Geheimnisträger erst zum 1.1.1975²⁶ in das Strafgesetzbuch aufgenommen wurde; die ursprüngliche Fassung des Gesetzes in § 300 RStGB sah eine solche Strafbarkeit nicht vor.²⁷

Damals waren in Nr. 1 nur die Heilberufe (für Menschen) genannt, die Tierärzte waren als Geheimnisträger nicht erfasst. Ihre Schweigepflicht war in § 13 RTÄO²⁸ normiert, der in Abs. 2 S. 1 ausdrücklich eine Offenbarungsbefugnis im öffentlichen Interesse vorsah und in S. 2 ein Schweigerecht vor Gericht ausschloss. Auch eine Sanktionierung der Verletzung fand grundsätzlich ausschließlich über das Berufsrecht und allenfalls ausnahmsweise durch Geldbuße statt.

Der Ausschluss des Zeugnisverweigerungsrechts findet sich auch nach aktueller Rechtslage noch in § 53 Abs. 1 StPO wieder, der ein berufliches Zeugnisverweigerungsrecht des Tierarztes gar nicht – auch nicht über Gesundheitsinformationen des Tierhalters – vorsieht. Insofern unterscheidet sich die Schweigepflicht des Tierarztes von den entsprechenden Pflichten anderer Heilberufe, denen § 53 StPO ein umfassendes Zeugnisverweigerungsrecht zugesteht.

Der Grund für die Aufnahme des Tierarztes in die Reihe der möglichen Täter des § 203 Abs. 1 Nr. 1 StGB wurde darin gesehen, dass Tierhalter vor der Preisgabe von Informationen geschützt werden sollten, die sich auf ihren eigenen Gesundheitszustand bezogen und die sie gegenüber dem Tierarzt offenbart hatten; es ging also um Fälle möglicher Zoonosen.²⁹ Das Telos der Norm spricht also dafür, den Geheimnisschutz auf Gesundheitsgeheimnisse des Halters des zu behandelnden Tieres zu beschränken und den Schutz anderer Geheimnisse auszuklammern. Soweit in der Literatur angedeutet wird, ein Geheimnisschutz komme auch für Fälle

in Betracht, in denen sich bei der Anamnese oder Untersuchung des Tieres ein Verdacht auf eine Verletzung von Tierschutzrecht – z.B. durch Misshandlung des Tieres – ergibt,³⁰ wird dafür kein Grund genannt. Der Schutz eines solchen Geheimnisses lässt sich aus der Teleologie der Vorschrift jedenfalls nicht rechtfertigen.

(3) Rechtfertigung der Offenbarung nach § 34 StGB

Doch selbst wenn man auch dieses Geheimnis – ohne Bezug zur Gesundheit des Halters – unter den Schutz von Gesundheitsdaten fassen wollte, drängte sich die Frage nach einer Offenbarungsbefugnis des Tierarztes im Einzelfall auf. Dabei handelt es sich bei dem Merkmal „unbefugt“ um ein sog. allgemeines Verbrechensmerkmal, sodass die Frage nach der Befugnis zur Offenbarung im Einzelfall unter dem Gesichtspunkt der Rechtfertigung zu prüfen ist.³¹ Anders als nach § 13 Abs. 2 RTÄO ist allerdings im geltenden Recht keine allgemeine Offenbarungsbefugnis zur Bewahrung öffentlicher Belange für den Tierarzt geregelt. Soweit man hier das Recht zur Offenlegung annimmt, wird man es aus allgemeinen Rechtfertigungsgründen ableiten müssen.

Insofern kommt insbesondere das Vorliegen eines rechtfertigenden Notstandes (§ 34 StGB) in Betracht. Dieses Rechtsinstitut kann die Offenbarung zulassen, wenn der Tierarzt handelt, um eine gegenwärtige Gefahr für ein Rechtsgut von sich oder einem anderen abzuwenden, soweit bei Abwägung der widerstreitenden Interessen das geschützte das beeinträchtigte Interesse wesentlich überwiegt und die Mitteilung an die Veterinärbehörde ein angemessenes Mittel zur Abwendung der Gefahr ist.

Dabei ist der hier betrachtete Fall der Abwendung einer drohenden konkreten Gefahr von Konstellationen zu unterscheiden, in denen der Veterinär bei einer Untersuchung oder Behandlung des Tieres Anzeichen für eine Verletzung von Tierschutzrecht in der Vergangenheit feststellt und sich fragt, ob er diesen Verdacht der Veterinärbehörde melden darf oder sogar muss. Droht die unzulässige Tötung des Tieres oder auch das Unterbleiben der gebotenen tiermedizinischen Versorgung, so ist diese Gefahr für das Wohl des konkreten Tieres gegen das Geheimhaltungsinteresse des Halters abzuwägen. Insofern ist zu berücksichtigen, dass es sich beim Tierschutz um ein überragendes Interesse des Allgemeinwohls handelt, dessen Bedrohung eine gegenwärtige Gefahr nach § 34 StGB darstellen kann.³²

Das hat das OLG Naumburg in einer zentralen Entscheidung zum Tierschutz³³ klargestellt: Der 2. Strafsenat des Gerichts hat im Kontext des Eindringens in Tierställe zur Dokumentation strafbarer Verstöße gegen Tierschutzrecht entschieden, dass der in Art. 20a GG verankerte Tierschutz als

²⁴ Nachweise hierzu bei *F. Meyer*, JZ 2023, 261 ff.

²⁵ *Dannecker* (Fn. 23), StGB § 203 Rn. 51; etwas anderes gilt naturgemäß, wenn die Geheimhaltung eines potenziell strafrechtlich relevanten Vorgangs denknötwendige Bedingung der erbrachten Dienstleistung ist wie bei der Strafverteidigung.

²⁶ Einführungsgesetz zum Strafgesetzbuch (EGStGB) v. 2.3.1974, BGBl. I 1974, S. 469 (487).

²⁷ Vgl. BT-Drs. IV/650, S. 335 zu § 185 E-StGB.

²⁸ Reichtierärzteordnung v. 3.4.1936, RGBl. I 1936, S. 347.

²⁹ Vgl. BT-Drs. IV/650, S. 335.

³⁰ *Eisele*, in: Tübinger Kommentar, Strafgesetzbuch, Kommentar, 31. Aufl. 2025, § 203 Rn. 62.

³¹ Vgl. *Fischer/Anstötz*, in: Fischer, Strafgesetzbuch mit Nebengesetzen, Kommentar, 72. Aufl. 2025, § 203 Rn. 48.

³² OLG Naumburg, Urt. v. 22.2.2018 – 2 Rv 157/17, Rn. 20 (juris).

³³ OLG Naumburg, Urt. v. 22.2.2018 – 2 Rv 157/17, Rn. 20 (juris).

eigenständiges Verfassungsgut i.S.v. § 34 StGB notstandsfähig ist.³⁴ Daher kann eine Bedrohung der Gesundheit oder des Wohlbefindens eines Tieres auch dann eine Notstandslage darstellen, wenn die Gefahr vom Halter und zivilrechtlichen Eigentümer des Tieres ausgeht. Denn nach zutreffender Auffassung kann auch ein Eingriff in Rechtsgüter zugunsten der Interessen der Allgemeinheit gerechtfertigt sein.³⁵ Es handelt sich in dem Fall, dass der Halter die – wenn auch noch ungewisse – Tötung des Tieres ankündigt, um eine sog. Dauer- gefahr, die bereits dann als gegenwärtig i.S.v. § 34 StGB anzusehen ist, wenn sie in ungewisser Zukunft mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit in einen Schaden umschlagen wird.³⁶ Dabei ist diese Wahrscheinlichkeit des noch ungewissen Schadenseintritts in die Interessenabwägung und Würdigung der Angemessenheit einer Tat als Mittel zur Abwendung der den Notstand auslösenden Gefahr einzubringen. Kommt diese Abwägung aller sich gegenüberstehenden Interessen, angesichts der Möglichkeiten und Folgen der potenziellen Maßnahmen zur Gefahrbeseitigung zu dem Ergebnis, dass die durch die Tat geschützten Interessen (Gesundheit und Leben des Tieres) die beeinträchtigten (Geheimhaltungsinteresse des Halters) wesentlich überwiegen, so ist die Offenbarung gegenüber der Veterinärbehörde gerechtfertigt und damit zulässig.

Bedenkt man, welche schwerwiegenden und irreversiblen Folgen – bis hin zum möglichen Tod des Tieres – es hätte, dem Veterinär hier die Mitteilung an die Behörde zu untersagen, so wird deutlich, dass demgegenüber das Interesse an der Geheimhaltung rechtswidriger Handlungen als weniger gewichtig anzusehen ist. Zweifellos wird durch eine Mitteilung an die Veterinärbehörde auch in die Privatsphäre des Halters eingegriffen, allerdings hat er zum einen die Aufforderung zur Tötung des Tieres freiwillig geäußert, und zum anderen handelt es sich schon bei der Äußerung um eine rechtswidrige – wenn auch nicht strafbare – Handlung, sodass der Geheimnisschutz geringer zu gewichten ist. Das gilt auch angesichts des Umstandes, dass die Mitteilung an die Veterinärbehörde nicht zwingend zu einer Rettung des Tieres führt, weil sie zu spät kommen oder die Behörde nicht in der Lage sein könnte, den Halter oder das Tier ausfindig zu machen. Denn selbst mit Blick auf eine ungewisse Aussicht, ob die Rettung des Tieres gelingen wird, ist von einem Überwiegen des Interesses an Gesundheit und Wohlergehen des Tieres auszugehen.³⁷

Betrachtet man die Möglichkeiten der Gefahrenabwehr, so stellt sich die Mitteilung an die Veterinärbehörde als die mildeste erfolgsversprechende Rettungsmöglichkeit dar. Zwar hätte der Tierarzt die Möglichkeit, auf den Halter einzuwirken und ihm deutlich zu machen, dass sein Verhalten unzu-

lässig und die Umsetzung seines Plans der Tötung des Tieres strafbar wäre. Doch wird man dies nur dann als hinreichend sichere Maßnahme der Gefahrenabwehr ansehen können, wenn der Halter glaubhaft von seinem Plan abrückt – etwa, weil er sich bereit erklärt, das Tier abzugeben – und sich der Tierarzt sicher sein kann, dass die Gefahr abgewendet ist.

Typischerweise kann der Todes- oder Gesundheitsgefahr nur mit einer Mitteilung an die zuständige Veterinärbehörde effektiv begegnet werden, um diese in die Lage zu versetzen, Maßnahmen zur Gefahrenabwehr nach § 16a TierSchG zu treffen. Anhaltspunkte dafür, dass diese Mitteilung i.S.v. § 34 StGB unangemessen sein und den Halter übermäßig belasten könnte,³⁸ sind nicht ersichtlich.

Daher ist der mit dem unzulässigen Tötungsverlangen konfrontierte Veterinär berechtigt und damit auch zumindest berufsrechtlich verpflichtet, den Sachverhalt bei der Veterinärbehörde anzuzeigen, wenn ein Halter von ihm die unzulässige Tötung eines Tieres verlangt und der Tierarzt diese ablehnt. Ein Unterlassen der Meldung kann in diesen Fällen eine strafbare unterlassene Hilfeleistung (§ 323c Abs. 1 StGB) sein.³⁹

(4) Sonderfall: Hinweise auf Straftaten in der Vergangenheit

Eine davon zu trennende Frage entsteht, wenn der Tierarzt bei einer Untersuchung oder Behandlung des Tieres Anzeichen für Misshandlung oder Vernachlässigung feststellt. In diesem Fall kann es zum einen um den Schutz des Tieres vor künftigen Misshandlungen gehen, zum anderen um die Verfolgung bereits begangener Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten. Befürchtet der Veterinär die Fortsetzung der Tierschutzverletzung, so gelten dieselben Grundsätze wie im Falle der verlangten Euthanasie. Hier dient die Meldung bei der zuständigen Veterinärbehörde der Gefahrenabwehr, sodass regelmäßig eine strafbewehrte Meldepflicht (§ 323c Abs. 1 StGB) besteht.

Nimmt der Tierarzt an, dass sich der Verletzungsvorgang allein in der Vergangenheit abgespielt hat und keine weiteren Verletzungen von Tierschutzrecht zu erwarten sind, so kann eine Strafanzeige dennoch rechtlich geboten sein. Das durch die Strafanzeige verfolgte und von § 34 StGB geschützte Interesse wäre hier dasjenige an einer effektiven Strafverfolgung als Teil der rechtsstaatlichen Ordnung. Allerdings wird der Tierarzt in Fällen allein in der Vergangenheit liegender Rechtsverstöße selten eine belastbare Aussage über die mögliche Täterschaft oder den Tathergang treffen können, wenn nicht klare Anhaltspunkte für die Tat, den Tathergang und die Täterschaft vorliegen. Letzteres ist etwa denkbar, wenn der Halter selbst von Verstößen gegen Tierschutzrecht (z.B. unzulässigen „Erziehungsmethoden“ etc.) berichtet.

In diesem Zusammenhang wird man berücksichtigen müssen, dass eine aktive Meldung möglicher Verletzungen von Tierschutzrecht zu einem Bruch des Vertrauens zwischen Veterinären und Tierhaltern führen wird. Daher ist von dieser Möglichkeit der Meldung behutsam Gebrauch zu machen. Andernfalls bestünde die Gefahr, dass Menschen ihre Tiere

³⁴ Vgl. auch *Dehne-Niemann/Greisner*, GA 2019, 205 (211 f.).

³⁵ *Fischer* (Fn. 31), § 34 Rn. 5 m.w.N.

³⁶ *Fischer* (Fn. 31), § 34 Rn. 8 m.w.N.

³⁷ Das vom OLG Naumburg, Urt. v. 22.2.2018 – 2 Rv 157/17, Rn. 22 (juris), zu entscheidende Problem, ob die Tat überhaupt effektiv zur Bewahrung der Interessen des Tierschutzes beitragen kann, stellt sich hier nicht, weil es um die gezielte Information der zuständigen Gefahrenabwehrbehörde geht.

³⁸ Zu den Kriterien der Angemessenheit in § 34 StGB vgl. nur *Fischer* (Fn. 35), § 34 Rn. 24 ff.

³⁹ Eingehend hierzu *Gerhold/Noetzel*, JuS 2022, 993 ff.

trotz Krankheiten oder Verletzungen nicht beim Tierarzt vorstellen, weil sie fürchten, sich der Ahndung wegen jeder Verletzung von Tierschutzrecht auszusetzen. Damit wäre dem Tierschutz kein Dienst erwiesen. Daher wird man die Offenbarungsbefugnis zum Zwecke der Verfolgung wohl auf Fälle von Straftaten und fortgesetzter – also auf Wiederholung angelegter – Ordnungswidrigkeiten beschränken müssen.

Eine strafbewehrte Pflicht zur Anzeige vergangener Verstöße gegen Tierschutzrecht durch den Veterinär besteht ansonsten nicht; und die unterlassene Meldung einer bereits begangenen Straftat ist angesichts des engen Katalogs des § 138 StGB nicht strafbar.

e) Euthanasierung ohne vernünftigen Grund: Strafbarkeit und Meldepflicht

Für die strafrechtlich grundsätzlich eindeutigen Fälle der Tötung wegen Weigerung des Halters, seinen Pflichten nachzukommen, gilt damit: Der Veterinär hat das Ersuchen um Tötung eines therapierbaren Tieres abzulehnen, weil er sich ansonsten wegen Tierquälerei nach § 17 Nr. 1 TierSchG strafbar macht. Darüber hinaus ist eine Meldung des Vorgangs gegenüber der zuständigen Veterinärbehörde zulässig und für den Einzelfall zu erwägen, nicht zuletzt, weil sich eine berufliche Pflicht ergeben kann, Verletzungen des Tierschutzrechts zu verhindern. Anders kann es in dem Fall aussehen, in dem zwar bei einer Untersuchung oder Behandlung Anzeichen für Verstöße gegen Tierschutzrecht aufgetreten sind, aber keine weiteren Verstöße zu erwarten sind und die Rechtsverletzungen in der Vergangenheit nicht so schwerwiegend waren, dass sie die Grenze der Strafbarkeit überschritten haben.

3. Finanzielle Überforderung als tierschutzrechtlicher und strafrechtlicher Zweifelsfall

Diesen strafrechtlich eindeutigen Fällen stehen solche gegenüber, in denen eine Euthanasierung des Tieres aus veterinärmedizinischen Gründen oder als Notwendigkeit der Gefahrenabwehr nicht gerechtfertigt ist, der Halter die Tötung jedoch verlangt, weil die veterinärmedizinisch gebotene Behandlung seine finanziellen Möglichkeiten übersteigt.⁴⁰ In diesen Fällen können ausnahmsweise Zweifel an der Strafbarkeit der Tötung bestehen, wenn die Behandlungskosten so hoch sind, dass sie den Tierhalter wirtschaftlich überfordern (vgl. unter e).

Insoweit kann erwogen werden, ob dem Halter die Übernahme der Behandlungskosten nicht zumutbar ist und auch der Tierarzt keine Pflichtverletzung begeht oder ihm zumindest kein strafrechtlicher Vorwurf zu machen ist, wenn er die Behandlung unterlässt und das aufwendig behandlungsbedürftige kranke oder verhaltensauffällige Tier euthanasiert. Hier ist nämlich zu berücksichtigen, dass eine Art Letztthafung des Tierarztes für die Behandlungskosten diesen wirtschaftlich überfordern und damit in der Konsequenz zur Aufgabe seines Berufs zwingen könnte. Das würde diesen Beruf

generell unattraktiv machen und dem Tierschutz grundlegend schaden.

In dieser Konfliktlage stellt sich allerdings die Frage nach einer Pflicht der öffentlichen Hand (Träger der zuständigen Veterinärbehörde) zur Übernahme der Behandlungskosten (vgl. unter III 1. b).

Die Prüfung der Strafbarkeit des Tierarztes kann in diesen Fällen zweistufig erfolgen: Es ist die Pflicht des Halters, die veterinärmedizinische Behandlung eines Tieres auch dann zu gewährleisten, wenn es ihn wirtschaftlich besonders fordert oder gar überfordert. Hier stellt sich die Frage nach einer Strafbarkeit wegen Tierquälerei durch Unterlassen, wenn das Tier mangels Behandlung erhebliche und länger andauernde oder sich wiederholende Schmerzen hat bzw. erheblich und länger andauernd oder wiederholt leidet.

Im zweiten Schritt sind dann die Folgen der möglichen Pflichtverletzung des Halters für die Handlungsoptionen des Tierarztes anzusprechen. Hier kommt zum einen eine Strafbarkeit nach § 323c Abs. 1 StGB in Betracht, wenn der Tierarzt die erforderliche Behandlung des Tieres unterlässt, weil der Halter leistungsunfähig ist und zum anderen eine Strafbarkeit wegen Tierquälerei, wenn er das Tier auf Wunsch des Halters euthanasiert, weil ihm die gebotene Behandlung durch den Halter nicht vergütet würde.⁴¹

a) Unterlassen einer kostenintensiven erfolversprechenden veterinärmedizinischen Therapie

Der Halter eines Tieres hat nach § 2 Nr. 1 TierSchG die Pflicht, das Tier seiner Art und seinen Bedürfnissen entsprechend angemessen zu ernähren, zu pflegen und verhaltensgerecht unterzubringen. Zur angemessenen Pflege gehört auch die nach veterinärmedizinischen Standards gebotene Versorgung und Behandlung. Dabei ist der Begriff der Angemessenheit nicht im Sinne einer Interessenabwägung, sondern als dem Tier aufgrund seiner Art und seiner individuellen Bedürfnisse spezifisch angemessen zu verstehen.⁴² Daher ist mit Blick auf die angemessene Pflege i.S.d. § 2 Nr. 1 TierSchG die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Halters irrelevant. Es geht hier nicht darum, was den Interessen des Halters angemessen, ihm also zumutbar erscheint, sondern allein darum, was dem individuellen Tier und seinen Bedürfnissen angemessen ist. Die Frage nach der Angemessenheit als Zumutbarkeit gegenüber dem Halter in der Gesamtschau ist auf einer weiteren Ebene – der Pflichtbegründung im Einzelfall und damit der Rechtswidrigkeit – zu prüfen.

b) Pflicht zur Gewährleistung veterinärmedizinisch indizierter Behandlung

Damit besteht kein Zweifel an der Verpflichtung des Halters, seinem Tier grundsätzlich jede veterinärmedizinisch indizierte Therapie zur Heilung oder Linderung von Leiden, Schäden oder Schmerzen zukommen zu lassen. Strafrechtlich ist er als

⁴⁰ Zur Notwendigkeit einer Einzelfallbetrachtung bereits Poplat, NuR 2024, 453 (454).

⁴¹ Eine Strafbarkeit aus § 17 TierSchG i.V.m. § 13 StGB setzt einen Behandlungsvertrag oder die faktische Behandlungsaufnahme voraus, vgl. Gerhold/Noetzel, JuS 2022, 993 (996).

⁴² So zutreffend Hirt/Maisack/Moritz/Felde (Fn. 11), § 2 Rn. 41a; ihnen folgend Poplat, NuR 2024, 453 (460).

Beschützergarant i.S.v. § 13 StGB verpflichtet, das von ihm gehaltene Tier vor Schmerzen und Leiden zu bewahren. Das umfasst auch die Pflicht, die Entstehung und ggf. Fortdauer von Krankheiten oder Verletzungen durch Prophylaxe oder die Veranlassung veterinärmedizinisch indizierter Therapien durch einen Tierarzt zu verhindern, zu beseitigen oder zu lindern.⁴³ Verletzt er diese Pflicht in einer Weise, die zur Entstehung oder Fortdauer erheblicher und länger andauernder oder sich wiederholender Schmerzen oder Leiden oder gar zum Tod des Tieres führt, so erfüllt das den Tatbestand von § 17 Nr. 1 und 2 TierSchG i.V.m. § 13 StGB und ist regelmäßig strafbar.⁴⁴

Im Einzelfall mag es fraglich sein, welche Therapie angemessen oder noch sinnvoll ist, insbesondere auch mit Blick auf die Therapiemöglichkeiten und -aussichten sowie die Euthanasierung zur Verhinderung weiterer erheblicher Schmerzen oder Leiden. Doch diese Bewertung steht der Veterinärmedizin zu und nicht dem Recht. Im Folgenden kann nur die strafrechtliche Beurteilung von Fällen Gegenstand der Betrachtung sein, in denen die Notwendigkeit einer bestimmten Therapie zur Vermeidung erheblicher Leiden unzweifelhaft und zwingend ist.

c) Kollision von Fürsorgepflicht und Leistungsfähigkeit

Betrachtet werden daher Konstellationen, in denen die veterinärmedizinisch gebotene Therapie so aufwendig ist, dass sie die finanziellen Möglichkeiten des Tierhalters erheblich beansprucht oder übersteigt. Kann sich also die wirtschaftliche Belastung oder Überforderungen des Halters auf seine Pflicht zur Veranlassung und Bezahlung der medizinisch indizierten Therapie auswirken? Kann er also rechtlich verpflichtet sein, eine Therapie zur Beseitigung oder Linderung von Schmerzen oder Leiden zu veranlassen, die er sich finanziell nicht leisten kann?

d) Weder Pflicht noch Recht zur Täuschung des Tierarztes

Die Verwirklichung des Tatbestands der Tierquälerei durch Unterlassen durch den Halter setzt voraus, dass dieser in der konkreten Situation in der Lage war, seine Pflicht zum Schutz des Tieres durch die Veranlassung der Behandlung zu erfüllen.

Hier kann man nun argumentieren, dem Halter sei dies (physisch) möglich gewesen, indem er den Auftrag zur Behandlung unabhängig von seiner Zahlungsfähigkeit erteilt. Stellt man im Tatbestand des Unterlassungsdelikts allein auf die physisch-reale Möglichkeit zur Erfolgsabwendung ab, so wird deutlich, dass kein Fall fehlender Quasikausalität oder mangelnder physisch-realer Bewirkungsmöglichkeit vorliegt.⁴⁵ Der Halter hätte den Tierarzt beauftragen können, und soweit dieser nicht Kenntnis von der Zahlungsunfähigkeit hatte oder

Vorkasse bzw. Sicherheiten verlangt, wäre das Tier behandelt und der tatbestandliche Erfolg des § 17 TierSchG abgewendet worden. Der Halter hätte also seine Pflicht de facto durch eine Täuschung des Tierarztes erfüllen können, der dann vom Halter keine Vergütung für die Behandlung erhalten hätte.

Diese Überlegungen verschieben das Problem jedoch lediglich von der Ebene des Tatbestandes auf die der Rechtswidrigkeit, der Frage nach einer Pflichtenkollision. Denn vom Halter eine Täuschung des Tierarztes zu verlangen, um die Behandlung des Tieres zu erreichen, würde die wirtschaftlichen Interessen des Tierarztes und seine berufliche Existenz dem Tierschutz uneingeschränkt unterordnen. Es würde also letztlich ein Betrug zum Nachteil des Tierarztes durch den Tierschutz gerechtfertigt, was langfristig dem Tierschutz eher schaden als nützen würde. Daher kann man vom Halter nicht verlangen, dass er den Tierarzt täuscht und von diesem nicht, dass seine wirtschaftlichen Interessen uneingeschränkt zurücktreten. Somit ist die Beauftragung der Behandlung bei vorgetäuschter Zahlungsfähigkeit keine pflicht- oder interessen-gerechte Lösung des Dilemmas.

e) Differenzierte Betrachtung der Leistungsunfähigkeit

Die Leistungsunwilligkeit des Halters steht einer Behandlungspflicht nicht entgegen, doch ist die Abgrenzung zwischen Leistungsunwilligkeit und Leistungsunfähigkeit bisweilen schwierig.⁴⁶ Lässt sich die Leistungsunfähigkeit dagegen feststellen, so spricht dies für eine Unmöglichkeit des normgemäßen Verhaltens. Doch ist damit keineswegs gesagt, dass der Halter nicht mehr zur Gewährleistung der Behandlung verpflichtet ist oder sich nicht strafbar gemacht hat. Es ist dann vielmehr die Anschlussfrage zu beantworten, welche Ursachen die Unfähigkeit zur Pflichterfüllung hat, insbesondere ob und ggf. wie sie selbstverschuldet ist.

(1) Absolute Leistungsunfähigkeit

Leistungsunfähig ist der Tierhalter, der auch unter Aufwendung seiner gesamten finanziellen Ressourcen, Kreditaufnahme und Ratenzahlungsvereinbarungen etc. nicht in der Lage ist, die Bezahlung der veterinärmedizinischen Dienste sicherzustellen. Ein hoch verschuldeter oder gar insolventer Tierhalter, der die Kosten für eine Notoperation bei einer Magendrehung seines Hundes – die durchaus mehrere tausend Euro betragen kann – tragen muss, wird damit finanziell objektiv überfordert sein.⁴⁷ Ihm ist in diesen Fällen eine Kostentragung objektiv unmöglich, weil er sich die notwendigen Mittel nicht (legal) beschaffen kann.⁴⁸ Hier stellt sich die Frage nach einem Fortbestehen der Rechtspflicht, der Vorwerfbarkeit seiner Leistungsunfähigkeit und letztlich nach einem Verschulden bei Übernahme der Pflicht durch Aufnahme des Tieres in seine Obhut.

⁴³ Vgl. Gerhold/Noetzel, JuS 2022, 993 (995 f.); Poplat, NuR 2024, 453 (459 f.) auch zur Unterscheidung zur Stellung und Pflicht des Tierbetreuers.

⁴⁴ Vgl. nur Poplat, NuR 2024, 453 (454 ff.); vgl. auch Gerhold/Noetzel, JuS 2022, 993 (997).

⁴⁵ Vgl. zu den Einzelheiten Fischer/Anstötz (Fn. 31), § 13 Rn. 77 ff.

⁴⁶ Eingehend hierzu auch Poplat, NuR 2024, 453 (456 ff.), angedeutet bei Gerhold/Noetzel, JuS 2022, 993.

⁴⁷ Evtl. kann er sogar rechtlich zahlungsunfähig sein, wenn über sein Vermögen das Insolvenzverfahren eröffnet ist, vgl. Poplat, NuR 2024, 453 (457).

⁴⁸ Vgl. hierzu auch Poplat, NuR 2024, 453 (456).

(2) Bedingte Leistungsunfähigkeit

In anderen Fällen ist aber bereits die Leistungsunfähigkeit zweifelhaft, nämlich dann, wenn dem Halter die finanziellen Mittel zwar zur Verfügung stehen, er sie aber nicht aufwenden kann, ohne anderweitige Verpflichtungen oder Obliegenheiten zu verletzen. Zu denken wäre hier zunächst an die drohende Verletzung von Unterhaltungspflichten gegenüber Familienangehörigen.

In diesen Fällen kann streng genommen nicht von einer objektiven Leistungsunfähigkeit gesprochen werden, weil der Halter zwar nicht in der Lage sein mag, all seine Pflichten zu erfüllen; gäbe er allerdings der Behandlungspflicht den Vorrang, so wäre er zu ihrer Erfüllung möglicherweise noch in der Lage. Es geht folglich um eine Gewichtung der zu erfüllenden Pflichten des Tierhalters. In die hier gebotene Abwägung müssen alle Interessen und ihr jeweiliges Gewicht eingestellt werden, so z.B. Dringlichkeit und Erfolgsaussichten der Therapie des Tieres ebenso wie das Gewicht und die Folgen einer Nichterfüllung der Pflichten gegenüber den Unterhaltsberechtigten.

Dabei ist zu beachten, dass es sich sowohl bei Unterhaltungspflichten aus dem Familienrecht als auch bei den Halterpflichten des TierSchG nicht nur um moralische oder soziale (sog. sittliche) Pflichten, sondern um Rechtspflichten handelt.⁴⁹ Ihnen stehen ggf. gesellschaftliche Erwartungen oder Üblichkeiten gegenüber, die bei der Abwägung zurücktreten müssen. In finanzieller Hinsicht gilt dies für alle über den grundlegenden Lebensbedarf (Grundbedarf für Wohnung, Kleidung, Nahrung, Altersvorsorge, Bildung, Berufsausübung etc.) hinausgehende Aufwendungen, die der Bezahlung der Behandlung untergeordnet werden müssen, insbesondere Freizeitgestaltung (sportliche Betätigung oder Urlaub), Anschaffung von Unterhaltungselektronik, nicht notwendige Einrichtungsgegenstände etc.

Ist der Tierhalter ferner nur kurzfristig nicht in der Lage, die Aufwendungen für die Behandlung aufzubringen, kann sie aber durch einen vertretbaren Kredit finanzieren, so liegt kein Fall der Leistungsunfähigkeit in diesem Sinne vor. Im Einzelnen können hier die Grenzen der Belastbarkeit unklar sein. Möglicherweise wird man sich in der Praxis zur Bestimmung der Grenze der Leistungsfähigkeit aber an den Pfändungsfreigrenzen des § 850c ZPO orientieren können. Alles, was diese Grenze in Einkünften übersteigt, muss für die gebotene Behandlung eines Tieres aufgewendet werden. Darüber hinaus ist vorhandenes Vermögen zu berücksichtigen. Hier kann auf Regeln über Schonvermögen aus dem Sozialrecht zurückgegriffen werden.

In den Fällen der Leistungsunfähigkeit ist darüber hinaus stets an eine Abgabe des Tieres an eine leistungsfähige Person zu denken. Mag das auch für den Halter und möglicherweise auch für das Tier eine Beeinträchtigung bedeuten, so ist sie der Unterlassung der gebotenen Behandlung oder gar der Euthanasierung vorzuziehen.

⁴⁹ Eingehend hierzu *Poplat*, NuR 2024, 453 ff.; ferner *Gerhold/Noetzel*, JuS 2022, 993 ff.

(3) Vorwerfbarkeit der Leistungsunfähigkeit

Auch eine Feststellung der Leistungsunfähigkeit führt nicht stets dazu, dass der Halter für die unterlassene Behandlung nicht strafrechtlich verantwortlich wäre. Vielmehr wurde in der Dogmatik der Unterlassungsdelikte die Rechtsfigur der *omissio libera in causa* – hier in der Sonderform der *omissio libera in omittendo*⁵⁰ – entwickelt, um Fälle des sog. Vorverschuldens zu erfassen.⁵¹

Danach ist nicht nur der Zeitpunkt in den Blick zu nehmen, in dem der Unterlassende trotz aktueller Pflicht nicht gehandelt hat, weil er nicht handeln konnte. Vielmehr wird auch der Zeitpunkt im Vorfeld der Pflichtverletzung betrachtet, in dem er trotz bestehender Möglichkeit nicht dafür Sorge getragen hat, seine Handlungsfähigkeit sicherzustellen. Mag ihm also nicht seine Handlungsunfähigkeit in der akuten Situation zum Vorwurf gemacht werden können, so doch seine mangelnde Vorsorge, die sich im Zeitpunkt des Unterlassens als Unmöglichkeit auswirkt.

Der Vorwurf kann konkret darin begründet sein, dass der Täter die Tierhaltung aufgenommen hat, ohne die finanziellen Möglichkeiten der pflichtgemäßen Pflege des Tieres sicherzustellen oder – mit Blick auf mögliche finanzielle Risiken der Tierhaltung und der damit einhergehenden Verpflichtungen – eine Kranken- oder Operationsversicherung abzuschließen. Dieser Vorwurf setzt eine zweifache Schuldbeziehung voraus: zum einen mit Bezug auf die mögliche Leistungsunfähigkeit und zum anderen auf die dadurch drohende Gefahr einer mangelhaften Versorgung des Tieres.⁵²

In diesem Zusammenhang ist zu beachten, dass eine Strafbarkeit nach § 17 TierSchG Vorsatz voraussetzt. In Fällen des sog. Vorverschuldens der *omissio libera in omittendo* kann eine Strafbarkeit wegen einer Vorsatztat nur dann begründet sein, wenn der Täter sowohl mit Blick auf die drohende schwerwiegende Behandlungsbedürftigkeit als auch auf seine Leistungsunfähigkeit zumindest mit Eventualvorsatz gehandelt hat. Der Halter muss also die Möglichkeit erkannt und billigend in Kauf genommen haben, dass sein Tier so schwer erkranken könnte, dass die Behandlungskosten seine finanzielle Leistungsfähigkeit übersteigen. Hier reicht es nicht aus, dass der Täter die theoretische Möglichkeit einer schweren Erkrankung erkannt hat, sondern er muss die konkrete Möglichkeit sehen und würdigen und sie bei der Übernahme der Obhut für das Tier billigend in Kauf nehmen.

Verlässt er sich dagegen – auch aus lebensferner Leichtfertigkeit – darauf, dass ihn dieses Problem nicht betreffen werde oder er irgendwie die Mittel aufbringen werde, so liegt

⁵⁰ Die Unfähigkeit zur Pflichterfüllung wird hier durch ein Unterlassen der Vorsorge herbeigeführt.

⁵¹ Zur Rechtsfigur in diesem Kontext instruktiv *Poplat*, NuR 2024, 453 ff.; ferner BGH, Beschl. v. 28.5.2002 – 5 StR 16/02 = BGHSt 47, 318 = NJW 2002, 2480 (2481); *Bosch*, in: Tübinger Kommentar (Fn. 30), Vorbem. §§ 13 ff. Rn. 144; *Gaede*, in: Kindhäuser/Neumann/Paeffgen/Saliger (Hrsg.), Nomos Kommentar, Strafgesetzbuch, Bd. 1, 6. Aufl. 2023, § 13 Rn. 13 m.w.N.

⁵² Vgl. *Rengier*, Strafrecht, Allgemeiner Teil, 16. Aufl. 2024, § 49 Rn. 11.

kein vorsätzliches Vorverschulden vor. Eine Verantwortlichkeit nach § 18 TierSchG kann gegeben sein, wenn der Halter mit Blick auf die finanzielle Überforderung durch eine mögliche Behandlung fahrlässig gehandelt hat, eine Strafbarkeit scheidet jedoch aus. Es ist hier also der konkrete Einzelfall in den Blick zu nehmen, und die Risiken spezifischer Krankheiten sind bei dem individuellen Tier zu würdigen. In der Praxis werden Tierhalter allerdings eher aus Optimismus, Selbstüberschätzung oder Nachlässigkeit die mit einer Tierhaltung einhergehenden Pflichten und Herausforderungen unterschätzen als aus bewusster Ausblendung der Risiken.

f) Zwischenfazit: Pflicht zur Gewährleistung der Behandlung

An diesen Überlegungen und in Konkretisierung von § 2 TierSchG wird deutlich: Wer ein Tier in seinen Haushalt aufnimmt, trägt grundsätzlich uneingeschränkt die Verantwortung für dessen Wohlergehen. Das schließt die dem Tier angemessene Unterbringung und Pflege sowie Ernährung ebenso ein wie die gebotene veterinärmedizinische Versorgung. Wer sie nicht leisten kann, darf kein Tier aufnehmen, weil er dann seine Rechtspflicht nicht erfüllen kann. Die Leistungsunfähigkeit in der konkreten Lage steht der Pflicht zur Gewährleistung der Behandlung nicht entgegen, auch wenn im Einzelfall eine Strafbarkeit durch Nichterfüllung dieser Pflicht an der Unzumutbarkeit normgemäßen Verhaltens scheitern mag. Straffreiheit tritt bei Vorsatzdelikten wie § 17 TierSchG aber nur dann ein, wenn der Halter die Gefahr, seine Pflicht nicht erfüllen zu können, bei der Aufnahme des Tieres nicht erkannt hatte. Zudem kommt eine Straflosigkeit in diesen Fällen nur dann in Betracht, wenn eine Abgabe an aufnahmewillige Personen (Tierheim oder Pflegestellen) ausscheidet.

III. Strafrechtliche Folgerungen für die Situation des Tierarztes

Wie bereits angedeutet kann die Situation für den Tierarzt zum einen als ethisches Dilemma erscheinen, wenn er das Tier aus medizinischen und ethischen Gründen behandeln muss, dies aus wirtschaftlichen Gründen aber nicht zu können glaubt, zum anderen können strafrechtliche Risiken entstehen.

1. Pflichten und Handlungsoptionen des Tierarztes

Zur Prüfung dieser Strafbarkeitsrisiken sind die Handlungsoptionen und Pflichten des Veterinärs zu eruieren und zu bewerten. Zunächst hat der Veterinär die gebotene Therapie zu ermitteln und hier zu erwägen, ob zu der optimalen möglicherweise kostenintensiveren Behandlung weniger aufwendige veterinärmedizinische vertretbare Alternativen (z.B. konservative statt chirurgischer Behandlung) bestehen, die dem Tier keine unverträglichen Schmerzen oder Leiden zumuten. Ist das nicht der Fall oder führen auch diese zu Kosten, die der Halter nicht zu tragen bereit oder in der Lage ist, so bleiben dem Veterinär scheinbar nur folgende Optionen: den Halter mit seinem Tier abzuweisen und damit das Risiko einer Strafbarkeit nach § 323c Abs. 1 StGB einzugehen, das Tier zu euthanasieren, um ihm – nur durch die kostenintensive Behandlung vermeidbare – Schmerzen und Leiden zu erspa-

ren und damit eine Tierquälerei (§ 17 Nr. 1 TierSchG) zu begehen oder sich auf die wirtschaftlich unsichere Behandlung einzulassen und zu hoffen, seine Ansprüche gegen den Halter durchsetzen zu können, wenn er die Behandlung auch ohne Kostenzusage oder sogar gegen den Willen des Halters durchführt.

a) Anspruch gegen den Halter

Ist der Tierhalter leistungsfähig, aber nicht leistungsbereit, so besteht theoretisch die Möglichkeit, die Behandlung gegen dessen Willen durchzuführen und sich für den Entgeltanspruch auf eine Geschäftsführung ohne Auftrag nach §§ 677 ff. BGB (GoA) zu berufen.⁵³ Danach kann der Geschäftsführer (Tierarzt) von einem anderen, für den er ein Geschäft besorgt hat (Halter), das in dessen Interesse gelegen hat, den Ersatz der Aufwendungen verlangen.

Die für den Anspruch notwendige Geschäftsbesorgung liegt hier in der Behandlung des Tieres durch den Veterinär. Voraussetzung für den Ersatzanspruch ist, dass es sich für den Veterinär bei der Behandlung um ein fremdes Geschäft handelt und er dieses Geschäft für den Geschäftsherrn führen will (Fremdgeschäftsführungswille). Davon ist hier auszugehen; auch wenn der Veterinär in der Ausübung seines Berufs handelt und dem Wohl der Tiere verpflichtet ist, bleibt die Behandlung des Tieres eines anderen ein (auch) fremdes Geschäft.⁵⁴ Damit ist der erforderliche Fremdgeschäftsführungswille gegeben, insbesondere weil es gerade nicht zum Abschluss eines Behandlungsvertrages gekommen ist, auf dessen Grundlage eine Pflicht des Tierarztes zur Geschäftsbesorgung bestehen könnte. Es fehlt damit an einem die Geschäftsführung deckenden Rechtsverhältnis; eine mögliche allgemeine Hilfspflicht aus § 323c Abs. 1 StGB begründet kein solches Rechtsverhältnis.

In diesen Fällen muss sich die Berechtigung zur Geschäftsführung naturgemäß aus einem anderen Grund als einem Vertrag o.ä. ergeben. Voraussetzung für die berechtigte Fremdgeschäftsführung ist, dass die Geschäftsführung dem tatsächlichen oder mutmaßlichen Willen des Geschäftsherrn entspricht oder ein entgegenstehender Wille des Geschäftsherrn i.S.v. § 679 BGB unbeachtlich ist (§ 683 S. 2 BGB). Letzteres ist dann der Fall, wenn „ohne die Geschäftsführung eine Pflicht des Geschäftsherrn, deren Erfüllung im öffentlichen Interesse liegt, nicht rechtzeitig erfüllt werden würde“⁵⁵. Genau so liegt die Sache hier, weil der Halter zur Beauftragung der Behandlung aus Gründen des Tierschutzes als öffentlichem Interesse rechtlich verpflichtet ist.⁵⁶

Zwar könnte der Tierarzt hier nach § 670 BGB nur einen Aufwendungsersatz verlangen und nicht die reguläre Vergü-

⁵³ Vgl. OLG Braunschweig, Beschl. v. 26.1.2005 – 2 W 219/04, Rn. 14 (juris).

⁵⁴ Vgl. zu den Voraussetzungen *Schenke*, in: Geis/Umbach (Hrsg.), Planung – Steuerung – Kontrolle, Festschrift für Richard Bartlspurger zum 70. Geburtstag, 2006, S. 529 (560).

⁵⁵ BVerwG, Urt. v. 27.2.2020 – 3 C 11.18 = NJW 2020, 2487 (2489).

⁵⁶ Vgl. BVerwG, Urt. v. 27.2.2020 – 3 C 11.18 = NJW 2020, 2487 (2489).

tung für die Behandlung nach der Vergütungsordnung. Jedoch hat der BGH darüber hinausgehend einen Anspruch auf die übliche Vergütung angenommen, wenn die Geschäftsführung in den Bereich der gewerblichen oder beruflichen Tätigkeit des Geschäftsführers fällt.⁵⁷ Daher hätte der Tierarzt auch bei einer veterinärmedizinischen Behandlung gegen den Willen des Halters einen Anspruch auf die Vergütung der Behandlung.

Gegen einen auf absehbare Zeit nicht leistungsfähigen Halter ist dieser Zahlungsanspruch naturgemäß wertlos, weil der Tierarzt kaum hoffen kann, die Vergütung für seine Behandlungsleistung irgendwann zu erhalten. Er ginge damit nicht nur das Prozessrisiko ein, sondern müsste zudem damit rechnen, dass er auch bei Erreichen eines Vollstreckungstitels weder eine Vergütung der Behandlung noch eine Erstattung der Kosten der Rechtsverfolgung erhält. Dieser Weg ist daher kaum zumutbar. Aber auch bei einem zahlungsfähigen, aber nicht zahlungswilligen Halter dürfte es nur im Ausnahmefall angemessen sein, dem Tierarzt vorzuhalten, er habe die Behandlungsleistung aus Gründen des Tierschutzes zu erbringen und ihn auf die Entgeltzahlung durch den unwilligen Halter zu verweisen.

b) Vergütungsanspruch gegen die öffentliche Hand

Damit ergibt sich die Frage nach einem Anspruch des behandelnden Veterinärs gegen die öffentliche Hand, konkret die Körperschaft, die die Veterinärbehörde trägt. Dieser Anspruch liegt zweifellos vor, wenn die Behörde bei der Erfüllung ihrer Aufgaben der Gefahrenabwehr die Behandlung eines Tieres aus Gründen des Tierschutzes anordnet. Das setzt jedoch einen entsprechenden Auftrag der Behörde voraus.

(1) Anordnung durch die Veterinärbehörde

Diesen Auftrag sollte der Tierarzt herbeizuführen versuchen, wenn er feststellt, dass die veterinärmedizinische Behandlung eines Tieres zwingend geboten ist, weil andernfalls bei dem Tier erhebliche Schmerzen, Leiden oder Schäden eintreten würden oder es gar zu versterben droht, und der Halter die Kosten nicht tragen will oder kann. Über diese Situation hat er die Veterinärbehörde in Kenntnis zu setzen. Sie wird dann, soweit – insbesondere mit Blick auf die Dringlichkeit des Handelns und eine ggf. bestehende Notlage – keine andere Möglichkeit zur Verhinderung des Schadens besteht, die unaufschiebbare und veterinärmedizinisch gebotene Behandlung als Maßnahme der Gefahrenabwehr anordnen und eventuelle Aufwendungsersatzansprüche dem Halter gegenüber im Regresswege geltend machen. Gegenüber dem Veterinär ist sie aber verpflichtet, die Behandlungsleistung zu vergüten.

(2) Ohne Anordnung durch die Veterinärbehörde

Schwieriger ist die Ausgangslage, wenn der Tierarzt die Anordnung der Veterinärbehörde nicht einholen kann, es sich

also entweder um einen so akut lebensbedrohlichen Notfall handelt, dass alles weitere Nachforschen bei der Behörde zu lange dauern würde oder aber – etwa in der Nachtzeit oder am Wochenende – bei der Behörde niemand erreichbar ist und der Tierarzt die Entscheidung aufgrund der Dringlichkeit der Behandlung ohne Rücksprache und behördliche Anordnung treffen muss.

Dann fehlt einem Aufwendungsersatzanspruch die vertragliche Basis. Allerdings ist auch eine Vergütung unter den bereits im Verhältnis zwischen Halter und Tierarzt genannten Voraussetzungen der GoA als Anspruchsgrundlage gegen die die Veterinärbehörde tragende Körperschaft denkbar.⁵⁸ Dass die GoA auch im Verhältnis zu Behörden und deren Trägern einen Aufwendungsersatzanspruch begründen kann, ist anerkannt.⁵⁹ Begründungsbedürftig könnte hier allenfalls sein, warum der Tierarzt mit der Behandlung des Tieres des Halters ein Geschäft der Veterinärbehörde führt.

Dass es sich bei dem Schutz von Tieren um eine öffentliche Aufgabe und um einen Aspekt der Gefahrenabwehr handelt, ergibt sich aus der Konzeption des Tierschutzgesetzes.⁶⁰ Die Veterinärbehörden sind dazu berufen, alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um den Schutz des in Art. 20a GG verfassungsrechtlich verankerten Tierschutzes sicherzustellen. Hierzu hat das Bundesverwaltungsgericht in seiner Judikatur ausgeführt:

„Das Tierschutzgesetz hat den Zweck, aus der Verantwortung des Menschen für das Tier als Mitgeschöpf, dessen Leben und Wohlbefinden zu schützen (§ 1 S. 1 TierSchG). Den Tierschutzbehörden obliegt, die Einhaltung des Tierschutzgesetzes, namentlich der Grundsätze der Tierhaltung (§ 2 TierSchG), zu überwachen. Sie treffen die zur Beseitigung festgestellter Verstöße oder zur Vermeidung zukünftiger Verstöße notwendigen Anordnungen (§ 16a Abs. 1 S. 1 TierSchG).“⁶¹

Daher nimmt die Rechtsprechung an, die Versorgung von Tieren, die – aufgrund von Verletzung oder Hilflosigkeit – auf Hilfe angewiesen sind, durch artgerechte und sichere Unterbringung oder veterinärmedizinische Versorgung, sei

⁵⁷ Vgl. nur BGH, Urt. v. 7.3.1989 – XI ZR 25/88 = NJW-RR 1989, 970; BGH, Urt. v. 17.11.2011 – III ZR 53/11 = NJW 2012, 1648 (1651); BGH, Beschl. v. 27.11.2014 – III ZA 19/14 = NJW 2015, 1020.

⁵⁸ Vgl. nur BVerwG, Urt. v. 26.4.2018 – 3 C 24/16 = NJW 2018, 3125 (3126); BVerwG, Urt. v. 27.2.2020 – 3 C 11/18 = NJW 2020, 2487 ff.; ferner OVG Lüneburg, Urt. v. 23.4.2012 – 11 LB 267/11, Rn. 27 (juris); VG Dresden, Urt. v. 28.4.2011 – 6 K 1248/09, Rn. 21 ff. (juris); dessen Ausführungen zur Höhe aber mit der zwischenzeitlich ergangenen Rechtsprechung des BVerwG, Urt. v. 13.6.2019 – 3 C 28.16 = BVerwGE 166, 32 ff., unvereinbar sind. Zur Frage, ob es sich um einen privatrechtlichen oder einen öffentlich-rechtlichen Anspruch handelt *Schenke* (Fn. 54), S. 555 ff.

⁵⁹ Vgl. nur BVerwG, Urt. v. 26.4.2018 – 3 C 24/16 = NJW 2018, 3125 (3127); BVerwG, Urt. v. 27.2.2020 – 3 C 11/18 = NJW 2020, 2487; ferner *Schenke* (Fn. 54), S. 554 ff.

⁶⁰ Vgl. nur VG Würzburg, Beschl. v. 3.12.2018 – W 8 K 16.565, Rn. 58 ff. (juris).

⁶¹ BVerwG NJW 2020, 2487.

Aufgabe der öffentlichen Verwaltung.⁶² Die Veterinärämter haben nach § 16a TierSchG als Gefahrenabwehrbehörden über die Maßnahmen zu entscheiden und sie anzuordnen oder Maßnahmen zu ergreifen, die geboten sind, wenn ein Tierhalter seinen Pflichten nicht nachkommt und damit die Gesundheit oder das Wohlbefinden seines Tieres gefährdet. Die notwendigen Maßnahmen können die Fortnahme des Tieres, seine Unterbringung oder auch seine veterinärmedizinische Behandlung umfassen. Damit ist die Versorgung eines kranken oder verletzten Tieres dann eine Aufgabe, also ein Geschäft i.S.d. §§ 677 ff. BGB der Veterinärbehörde, wenn eine Gefahr für die von ihr zu schützenden Interessen des Tiereschutzes besteht.⁶³ Das ist der Fall, wenn der Halter des Tieres nicht ausfindig gemacht werden kann oder er nicht in der Lage oder nicht willens ist, für die Versorgung des Tieres und damit für die Gefahrenabwehr zu sorgen.⁶⁴ In solchen Fällen wäre die grundsätzlich vorrangige Anordnung der notwendigen Maßnahmen gegenüber dem Halter oder Betreuer sinnlos, weil er sie nicht erfüllen wird, sodass es einer unmittelbaren Übernahme der Gefahrenabwehr durch die Behörde bedarf.

Um die Besorgung eines fremden Geschäfts durch den Privaten für die Behörde und damit deren Träger anzunehmen, verlangt die Verwaltungsrechtsprechung neben der Aufgabenwahrnehmung im wirklichen oder mutmaßlichen Willen der zuständigen Behörde ein öffentliches Interesse an der Übernahme dieser Aufgabe.⁶⁵ Erforderlich ist jedoch nicht nur ein Nutzen der Allgemeinheit dadurch, dass die Aufgabe wahrgenommen wird, sondern dass gerade in der konkreten Situation ein öffentliches Interesse an der Wahrnehmung durch diesen Dritten auf diese spezifische Art und Weise besteht.⁶⁶ Die Aufgabenwahrnehmung durch den Geschäftsführer darf nicht das Entschließungs- oder Auswahlmessen der Behörde beschneiden und den Aufgabenträger grundsätzlich nicht vor vollendete Tatsachen stellen.⁶⁷ Eine solche Entscheidungsmaßnahme durch einen Dritten ist jedoch dann hinzunehmen, wenn dieser die einzig vertretbare Entscheidung trifft und auch die Behörde eben diese Maßnahme hätte

anordnen müssen. Ein solcher Ausnahmefall ist dann gegeben, wenn der Tierarzt die einzige veterinärmedizinisch vertretbare Entscheidung trifft, indem er ein erkranktes Tier nach den anerkannten Maßstäben der Veterinärmedizin behandelt.

Hier kann im Einzelfall streitig sein, ob eine bestimmte besonders kostenintensive Behandlung mit Blick auf die Erfolgsaussichten und die Dringlichkeit sinnvoll und geboten ist. Liegt jedoch die Behandlung im Rahmen dessen, was der Tierarzt aus seiner fachlichen Perspektive für unabdingbar halten durfte, um die Gefahr abzuwenden, so nimmt er ein Geschäft der Veterinärverwaltung und damit der sie tragenden Körperschaft wahr, die dann aus GoA zum Ersatz der entstehenden Aufwendungen, beim Tierarzt als berufsmäßig Handelndem auch der Gebühren nach der geltenden Gebührenordnung verpflichtet ist.

2. Strafrechtliche Folgen des Anspruchs gegen die öffentliche Hand

Mit Blick auf diese Kostentragungspflicht der öffentlichen Hand, stellt sich die Frage nach der wirtschaftlichen Überlastung des Tierarztes theoretisch nicht. Er ist daher grundsätzlich verpflichtet jede veterinärmedizinisch notwendige Behandlung vorzunehmen, auch wenn der Halter sich weigert, die Kosten zu tragen. Ein Veterinär macht sich dementsprechend nach § 323c Abs. 1 StGB strafbar, wenn er dem Tier nicht die gebotene Hilfe leistet. Er darf sich nicht auf seine wirtschaftlichen Interessen berufen, sind diese doch mit Blick auf den Aufwendungsersatz durch die Träger der Veterinärbehörde theoretisch gesichert. Er kann damit der Beistandspflicht aus § 323c Abs. 1 StGB seine wirtschaftlichen Interessen nicht entgegenhalten.

Aus der Sicht der Strafrechtswissenschaft ist damit die Beurteilung in Fällen unterlassener veterinärmedizinisch gebotener Behandlungen und stattdessen erfolgter Tötung von Heimtieren klar: Die vorsätzliche Nichtbehandlung oder mangelhafte Behandlung eines Tieres, das leidet oder Schmerzen hat, ist eine unterlassene Hilfeleistung nach § 323c Abs. 1 StGB, wenn eine Therapie möglich und erfolgversprechend ist. Das Euthanasieren eines Tieres, weil es dem Halter lästig geworden ist, ist eine Straftat nach § 17 Nr. 1 TierSchG. Nach dieser Vorschrift strafbar ist auch das schmerzlose Töten eines behandlungsbedürftigen Tieres, dessen veterinärmedizinisch gebotene und erfolgversprechende Behandlung der Halter nicht bezahlen will oder bezahlen kann.

In diesen Fällen besteht regelmäßig eine Pflicht der Veterinärbehörde zur Anordnung der Behandlung, wenn sie von diesem Verstoß gegen das Tierschutzrecht durch den Halter Kenntnis erlangt. So ergibt sich die Kostentragungspflicht des Trägers der Veterinärbehörde aus dem Auftrag zur Behandlung an den Tierarzt. Kann eine Anordnung wegen eines Notfalls oder wegen Unerreichbarkeit der Behörde nicht erfolgen, so ergibt sich ein Anspruch auf Aufwendungsersatz regelmäßig aus einer öffentlich-rechtlichen GoA nach §§ 677 ff. BGB.

Allerdings hat sich gezeigt, dass diese Rechtslage den Trägern der Veterinärbehörden nicht immer bewusst ist oder sie ignoriert wird. So ist es vorgekommen, dass sich ein Landkreis trotz Offenkundigkeit der Ansprüche auf Aufwen-

⁶² Vgl. nur VG Würzburg, Beschl. v. 3.12.2018 – W 8 K 16.565, Rn. 58 ff. (juris).

⁶³ Schenke ([Fn. 54], S. 561) verneint einen Anspruch aus §§ 677 ff. BGB für den Fall der Erfüllung der allgemeinen Beistandspflicht des § 323c Abs. 1 StGB mit Hinweis auf den Aufwendungsersatz nach §§ 2 Abs. 1 Nr. 13 lit. a, 13 SGB VII. Jedoch dürfte diese Anspruchsgrundlage aufgrund der Subsidiaritätsklausel des § 13 SGB VII – der ohnehin nur Sachschäden erfassen soll – nachrangig sein. In der Rechtsprechung wird daher regelmäßig auf die GoA abgestellt.

⁶⁴ Vgl. BVerwG, Urt. v. 27.2.2020 – 3 C 11/18 = NJW 2020, 2487 (2489).

⁶⁵ Vgl. BVerwG, Urt. v. 26.4.2018 – 3 C 24/16 = NJW 2018, 3125 (3127).

⁶⁶ Vgl. BVerwG, Urt. v. 26.4.2018 – 3 C 24/16 = NJW 2018, 3125 (3127); BVerwG, Urt. v. 27.2.2020 – 3 C 11/18 = NJW 2020, 2487 (2489).

⁶⁷ BVerwG, Urt. v. 27.2.2020 – 3 C 11/18 = NJW 2020, 2487 (2489).

dungersatz von Tierheimen für die Unterbringung sicher-gestellter Welpen aus illegalem Welpenhandel⁶⁸ ohne erkennbaren Sachgrund geweigert hat, seiner Kostentragungspflicht nachzukommen. Das zwingt die Anspruchsinhaber zur gerichtlichen Geltendmachung.

In solchen Fällen geht der Tierarzt ein nicht zu unterschätzendes Kostenrisiko ein, wenn er ohne Kostenzusage des Halters oder behördliche Anordnung behandelt und notfalls den Aufwendungsersatzanspruch gegenüber der Behörde in einem Verwaltungsprozess geltend machen muss. Das gilt insbesondere dann, wenn es um eine sehr kostspielige Behandlung geht und er ggf. gezwungen ist, mit erheblichen Beträgen in Vorleistung zu gehen. Insbesondere besteht das Risiko eines Streits zwischen dem Tierarzt und der zuständigen Veterinärbehörde über die Notwendigkeit einer durchgeführten Behandlung oder von Einzelposten, darüber ob die Behörde erreichbar gewesen ist, ob der Tierarzt voreilig und eigenmächtig entschieden hat etc. Das führt dazu, dass der Tierarzt im Prozessfall selbst bei Obsiegen vor dem Verwaltungsgericht einen erheblich belastenden Aufwand betreiben muss und die Zahlung ggf. nur mit existenzbedrohender Verzögerung erfolgt.

IV. Fazit: Theoretischer Vergütungsanspruch und praktische Zwangslage

Wer als Veterinär ein Tier im Auftrag seines Halters euthanasiert, weil es diesem lästig geworden ist, macht sich wegen Tierquälerei (§ 17 Nr. 1 TierSchG) strafbar, weil es an einem vernünftigen Grund für die Tötung fehlt. Der Halter ist Anstifter oder sogar Mittäter dieser Tierquälerei. Der Tierarzt, der ein Tier im Auftrag eines Halters euthanasiert, weil dieser sich die veterinärmedizinisch gebotene Behandlung nicht leisten kann oder will, macht sich grundsätzlich ebenfalls nach § 17 Nr. 1 TierSchG strafbar.

Er darf sich nicht darauf berufen, dass er nur die Wahl habe, das Tier leiden zu lassen oder es schmerzlos zu töten, weil er in eine solchen akuten Notlage – die faktische Möglichkeit vorausgesetzt – eine Behandlung auch gegen den Willen des Halters vornehmen und wegen der Kosten den Träger der Veterinärbehörde in Anspruch nehmen kann. Mit Blick auf diese Kostentragungspflicht ist es für den Tierarzt fraglos sinnvoll, die Veterinärbehörde über die drohende Gefahr für das Tier und den Tierschutz zu informieren und um eine entsprechende Anordnung zu ersuchen. Erfolgt diese Anordnung, so liegt die Kostentragungspflicht des Trägers der Behörde auf der Hand.

In Eilfällen, in denen die zwingend notwendige Behandlung mangels rechtzeitiger Erreichbarkeit der Behörde oder eines geeigneten Entscheidungsträgers nicht angeordnet werden kann, besteht eine Kostentragungspflicht für unumgängliche Behandlungen auf der Grundlage einer öffentlich-rechtlichen Geschäftsführung ohne Auftrag, sodass sich das Dilemma zwischen Leidenlassen und Euthanasierung aus wirtschaftlichen Gründen theoretisch nicht stellt.

Diese Lösung ist sowohl für Tierärzte mit wirtschaftlicher Unsicherheit als auch für die Allgemeinheit mit Kosten verbunden, die Menschen auslösen, weil sie unbedacht ein Heimtier aufgenommen haben. Wer als Halter den Aufwand der Betreuung eines Tieres nicht bedacht oder unterschätzt hat und sich nun des „lästigen Tiers“ durch Tötung entledigen will oder nicht bereit ist, die übernommene Pflicht zur Tragung der Behandlungskosten zu erfüllen, begeht zweifellos eine Straftat von erheblichem Gewicht. Er hat sich regelmäßig in eine Lage gebracht, aus der er nun den einfachsten Ausweg sucht und dabei das Tierschutzrecht grob missachtet. Die Sozialwidrigkeit, Strafwürdigkeit und Strafbedürftigkeit liegen hier ebenso auf der Hand, wie bei der Durchführung der Euthanasierung durch den Tierarzt.

Dass dieser nicht mit dem Argument gehört werden kann, wenn er nicht euthanasiere, werde ein Kollege die Tötung vornehmen, dürfte ebenfalls offenkundig sein. Nicht ganz so einfach zu entkräften scheint das Argument zu sein, es sei zu befürchten, der Halter, dessen Verlangen nach einer schmerzlosen Tötung des Tieres nicht entsprochen wird, könnte zu einer Tötungsmethode greifen, die mit größeren Schmerzen und Leiden für das Tier verbunden ist. Doch zum einen ist das regelmäßig nur eine Vermutung und zum anderen ist es dem Tierarzt hier möglich, Wege für eine Abgabe des Tieres in eine angemessene Haltung zu eröffnen oder ggf. das Veterinäramt zu verständigen, um Gefahrenabwehrmaßnahmen einzuleiten. Natürlich können solche Gegenmaßnahmen nicht in jedem Fall tierschutzwidrige Tötungen durch den Halter selbst oder einen anderen Veterinär verhindern, aber die reine Möglichkeit einer anderweitigen gewaltsamen Tötung berechtigt nicht zur Euthanasierung des Tieres.

In den Fällen der Leistungsunfähigkeit oder drohenden Überlastung durch die Kostentragungspflicht liegt die Sozialwidrigkeit des Verhaltens des Halters nicht unbedingt auf der Hand. Er kann sich durch Mitleid oder andere verständliche Emotionen zur Aufnahme eines Tieres motiviert gefühlt haben und leidet möglicherweise auch selbst nicht unerheblich unter der Zwangslage, in der er sich befindet. Hier von einem sozialwidrigen und strafbaren Verhalten zu sprechen, wenn der Täter sich fahrlässig in eine Lage gebracht hat, in der er die Kostentragungspflicht nicht erfüllen kann, ginge zu weit. Dennoch wäre die Tötung durch den Tierarzt in diesem Fall – soweit dieser einen Anspruch auf Ersatz der Behandlungskosten gegen die öffentliche Hand hat – nach § 17 Nr. 1 TierSchG strafbar und eine Aufforderung durch den Halter könnte eine Anstiftung dazu darstellen. Damit steht umso deutlicher die Frage im Raum, ob die in der Vergangenheit bereits geforderte gesetzliche Pflicht zum Abschluss einer Kranken- oder Operationsversicherung für Haustiere der gebotene Weg sein kann.⁶⁹

⁶⁸ VG Würzburg, Beschl. v. 3.12.2018 – W 8 K 16.565, Rn. 58 ff. (juris).

⁶⁹ Vgl. *Polat*, NuR 2024, 453 (462), unter Verweis auf das Positionspapier von Bündnis 90/Die Grünen, Bürgerschaftsfraktion Bremen vom 21.3.2021 „Haustierhaltung – Mehr Verantwortung für tierliche Mitbewohner*innen übernehmen!“.